

7 Politische Konjunkturen des Kirchnerismus¹

Das nachfolgende Kapitel analysiert die politische Konjunktur für die Jahre des Kirchnerismus (2003-2015). Einerseits liefert es einen Überblick für diejenigen, die nicht im Detail mit der argentinischen Politik vertraut sind. Andererseits holt die politische Konjunkturanalyse den Kontext in die Untersuchung ein. Insofern unterscheidet sie sich von einer bloßen Chronologie im Sinne einer Ereignisgeschichte. Es handelt sich um eine analytische Perspektive, bei der die Stellung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteure zueinander für unterschiedliche Phasen untersucht wird.

Grundlage für die politische Konjunkturanalyse sind die Überlegungen Antonio Gramscis (GH 13: 1556-1565) in seinen Notizen zur *Analyse der Situation: Kräfteverhältnisse*. In ihnen beschreibt Gramsci die Notwendigkeit, Struktur und Handlung gemeinsam zu analysieren. Gramsci begreift das Verhältnis zwischen (ökonomischer) Struktur und Handlung nicht als mechanisch, sondern seine Überlegungen zielen darauf ab, »[d]en dialektischen Zusammenhang zwischen beiden Arten der Bewegung« auszuloten:

Der Fehler, in den man bei der politisch-historischen Analyse oft verfällt, besteht darin, dass man das rechte Verhältnis zwischen dem Organischen und dem Gelegenheitsbedingen nicht zu finden vermag: dadurch kommt man entweder dazu, Ursachen als unmittelbar wirkend darzustellen, die stattdessen mittelbar wirken, oder zu behaupten, die unmittelbaren Ursachen seien die einzigen wirkenden Ursachen; in dem einen Fall gibt es ein Übermaß an »Ökonomismus« oder doktrinärrer Pedanterie, in dem anderen ein Übermaß an »Ideologismus«; in dem einen Fall werden die mechanischen Ursachen überschätzt, in dem anderen wird das »voluntaristische« und individuelle Element hervorgehoben. (GH 13: 1557)

Die politische Konjunkturanalyse begreift Strukturen also nicht als determinierend für die Handlungen der Akteure, sondern als jene Grenzen, die die Handlungsmöglichkeiten der Akteure abstecken. Umgekehrt können die Handlungen der Akteure langfristig die Strukturen transformieren. Die Konjunktur lässt sich wiederum

1 Teile des Kapitels basieren auf früheren Analysen, vgl. Boos (2013, 2015a, 2016, 2017, 2018b).

definieren als »Manifestation der Kämpfe der unterschiedlichen Akteure, Gruppen in einer spezifischen Gesellschaft und zu einem bestimmten Zeitpunkt« (CEDIB 2006: 5, Übers. T. B.). Gleichzeitig ermöglicht eine solche Analyse in Abgrenzung zu Ereignisgeschichten zwischen alltäglichen Ereignissen (*hechos/actions*) und Ereignissen (*acontecimientos/events*), »die eine spezielle Bedeutung für ein Land, eine soziale Klasse, eine soziale Gruppe oder eine Person [erlangen]« (CEDIB 2006: 11, Übers. T. B.) zu unterscheiden. Letztere zeichnen sich dadurch aus, dass sie die politische Konjunktur sowie die Konstellation der unterschiedlichen Kräfte zueinander nachhaltig modifizieren.

Die politischen Kräfteverhältnisse präsentieren sich bei Gramsci als Ringen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen um Hegemonie. Jenes Moment, in dem gesellschaftliche Gruppen über ihre »korporativ-ökonomischen Interessen« hinaus es vermögen, andere Gruppen einzubinden, Kohäsion auf intellektueller und moralischer Ebene herzustellen und die eigenen Interessen zu universalisieren, ist für Gramsci die politische Phase und der Moment der Hegemonie (GH 13: 1561). Hinsichtlich dieses Moments der Hegemonie sei nochmals auf den Prozesscharakter von Hegemonie verwiesen (Kapitel 5). Hegemonie wird in der vorliegenden Studie nicht als Zustandsbeschreibung begriffen, sondern als permanenter Prozess. In diesem Sinne lassen sich die Bestrebungen unterschiedlicher Akteure, ihre Interessen zu verallgemeinern, als Projekte im Ringen um Hegemonie verstehen (Buckel et al. 2012). Die kirchneristischen Regierungen zwischen 2003 und 2015 werden deshalb im Nachfolgenden als Regierungsprojekte gefasst. Der Begriff »Regierungsprojekt« lehnt sich an den Begriff »Hegemonieprojekte« von Buckel et al. (2012) und Jessops (2016) Begriff »state project« an. Erstere begreifen Hegemonieprojekte als das Ringen zwischen Taktiken und Strategien unterschiedlicher politischer Projekte rund um eine gesellschaftliche Problemlage oder in einem Politikfeld (Buckel et al. 2012: 20f.). Letzterer sieht ein *state project* als Versuch, eine gemeinsame (rechtliche) Rahmung zwischen den verschiedenen Staats- und Regierungsapparaten zu schaffen, der die unterschiedlichen staatlichen Politiken koordiniert und als nach außen repräsentiertes nationales Interesse kombiniert (Jessop 2016: 85). In diesem Sinne ist der Begriff des Regierungsprojekts zwischen den beiden Begriffen angesiedelt: Einerseits zielt er nicht in erster Linie – wie der Begriff des *state project* – auf das (institutionelle) Innenleben des kirchneristischen Projekts, sondern nimmt dessen Verhältnis zu den unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren und Kräften in den Blick. Andererseits ist der Begriff insofern weniger ambitioniert, als er lediglich auf ein spezifisches Hegemonieprojekt fokussiert, wohingegen Buckel et al. (2012) das Ringen zwischen verschiedenen Hegemonieprojekten analysieren. Allerdings hat der Begriff des Regierungsprojekts eine stärker strategische Konnotation, d.h. er versucht, die Konstruktion politischer Allianzen und Identitäten vonseiten der Regierung zu fassen.

Die politische Konjunkturanalyse leistet somit Folgendes: Erstens bietet sie einen Überblick über die wichtigsten gesellschaftlichen Entwicklungen. Zweitens werden die allgemeinen ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen des betrachteten Zeitraums beleuchtet. Drittens werden die Kräfteverhältnisse zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren und ihr Verhältnis zum kirchneristischen Regierungsprojekt analysiert. Aus der Zusammenschau ergibt sich, viertens, die von mir vorgeschlagene Periodisierung, mit der ich versuche, die gesellschaftlichen Tendenzen für unterschiedliche Phasen des Kirchnerismus abzubilden. In dieser versuche ich, sowohl den ökonomischen als auch den politischen Ereignissen Rechnung zu tragen.²

Vier Perioden des Kirchnerismus schlage ich im Nachfolgenden vor. Erstens eine Periode von 2003 bis 2008, welche die wirtschaftlichen Boomjahre des Kirchnerismus in Kombination mit einer transversalen politischen Strategie umfasst. Zweitens eine Periode der kirchneristischen Krisenjahre von 2008 bis 2009. Der Versuch der Regierung, eine ökonomische Offensive zu starten, schlug in dieser Periode in eine politische Niederlage um, die das Ende der transversalen Strategie zur Folge hatte. Der Agrarkonflikt in dieser Periode repräsentiert ein Ereignis (*acontecimiento*), das die politische Konjunktur entscheidend modifizierte. Die dritte Periode von 2009 bis 2011 bezeichne ich als fundationalen Moment des Kirchnerismus. In dieser Phase erlangt die Regierung die Initiative zurück, indem sie auf politischer Ebene in die Offensive geht, ihre Bündnispartnerschaften neu ausrichtet und das Fundament für das Imaginarium des heute existierenden Kirchnerismus legt. Die vierte und letzte Periode reicht von 2012 bis 2015 und ist gezeichnet von einer zunehmenden Desintegration auf wirtschaftlicher und politischer Ebene, in der die antagonisierende Strategie der Regierung zunehmend in die Defensive gerät.

7.1 2003-2008 Wirtschaftliche Boomjahre und transversale Strategie

In seiner Antrittsrede umschrieb Néstor Kirchner das wichtigste Ziel des eigenen politischen Projekts als »den Wiederaufbau eines nationalen Kapitalismus, der Al-

2 Periodisierungen ergeben sich schlussendlich aus den angelegten Kriterien und dem Untersuchungsgegenstand. Während ich aufgrund meiner Fragestellung versuche, die ökonomischen und politischen Entwicklungen miteinzubeziehen, schlägt Piva (2017b, 2018) eine Periodisierung – basierend auf der Akkumulationsweise, d.h. mit einem Fokus auf den ökonomischen Prozess – vor. Porta et al. (2017) und Kulfas (2016) periodisieren ausgehend von der politischen Ebene entlang der drei Amtszeiten des Kirchnerismus. Rocca Rivarola (2017) wiederum legt die politischen Identitäten der kirchneristischen AktivistInnen als Kriterium an.

ternativen hervorbringt, die eine Wiederimplementierung der sozialen Aufwärtsmobilität ermöglichen.«³ In derselben Rede führte er später aus:

Der Inlandskonsum wird im Zentrum unserer Wachstumsstrategie stehen. Gerade um dieser Idee eines permanent wachsenden Konsums gerecht zu werden, soll die Kaufkraft unserer Bevölkerung schrittweise mittels der Löhne, der Anzahl der Erwerbstätigen und der geleisteten Arbeitsstunde progressiv anwachsen.⁴

Diese wenigen Worte des Präsidenten in seiner ersten Rede beschreiben rückblickend relativ präzise das kirchneristische Projekt. In den nächsten Jahren sollte der Kirchnerismus versuchen, die Wiederbelebung der kapitalistischen Akkumulation durch die Stärkung der Binnennachfrage mithilfe eines Staates, der durch aktive Interventionen als Vermittler agiert, voranzutreiben.

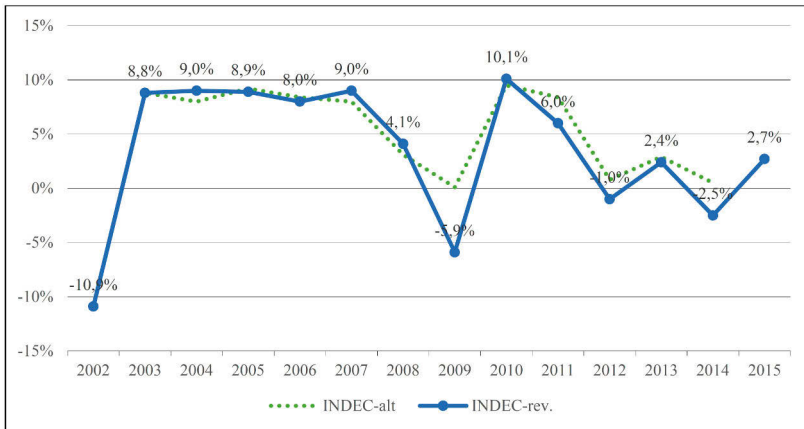
Die Wirtschaftszahlen für diese erste Periode des Kirchnerismus sind überaus positiv. Nach dem Einbruch der Wirtschaft während der Krise in den Vorjahren erholte sich die Wirtschaft nicht nur, sondern wuchs kontinuierlich auf hohem Niveau (s. Abbildung 1). Der Kirchnerismus nahm dabei eine vermittelnde Rolle zwischen den unterschiedlichen Kapitalfraktionen ein. Nach den Krisenjahren waren diese auf der Suche nach Stabilität und Planungssicherheit. Der Kirchnerismus vermochte diese Stabilität mit seiner staatsgetriebenen Entwicklungsstrategie zu gewährleisten. Teil dieser *Neo-Developmentalist*-Agenda (vgl. Féliz 2012; Ferrer 2010; Webber 2010) war es, einerseits den Binnenmarkt zu stärken, indem das Konsumniveau vieler Sektoren erhöht wurde. Andererseits profitierte der Kirchnerismus während der Anfangsjahre von den steigenden internationalen Rohstoffpreisen, welche dem Agrarkapital große Gewinne einbrachten. Neben der Akzeptanz durch diese Kapitalfraktion ermöglichten die Gewinne dem Kirchnerismus, die materielle Basis für seine Verteilungspolitik zu sichern und sich dadurch politischen Handlungsspielraum zu verschaffen. Der Kirchnerismus verstärkte diese neo-extraktivistische Säule seiner Entwicklungsstrategie darüber, dass er den Primärsektor – im Speziellen die Expansion von genverändertem Sojaanbau und Großminenprojekten – weiter vorantrieb (Brand/Dietz 2014; Grigera 2017; Svampa 2012). Die strategisch wichtige Bedeutung des Agrarsektors für die Entwicklungsstrategie in dieser ersten Periode erklärt, warum er in der zweiten Periode Ort einer der entscheidenden Auseinandersetzung zwischen Teilen des Kapitals und dem Kirchnerismus werden sollte.

Neben den Agrarexporten wurden nach der Krise erfolgreich existierende Produktionskapazitäten reaktiviert. Versuche, (regional-)integrierte Cluster von klei-

3 *Discurso del señor presidente de la nación, doctor Néstor Kirchner, ante la honorable asamblea legislativa, 25.5.2003.*

4 *Discurso del señor presidente de la nación, doctor Nestor Kirchner, ante la honorable asamblea legislativa, 25.5.2003.*

Abbildung 1: Variation BIP im Vergleich zum Vorjahr, 2002-2015



Quelle: INDEC, eigene Darstellung

nen und mittelständischen Unternehmen zu etablieren, um die abhängige Weltmarktintegration aufzubrechen, waren allerdings nur eingeschränkt erfolgreich (Sztulwark 2010). Ab dem Amtsantritt von Cristina Fernández de Kirchner war dies zudem kaum noch Priorität der Regierungsagenda (Interview mit ehemals hochrangigem Regierungsfunktionär, 6.7.2016). Abseits von Spekulationen über die Intentionen der kirchneristischen Regierungen zeichnet die Analyse der Veränderungen der Produktionsstrukturen ein klares Bild: Die Kapitalkonzentration und der Anteil an ausländischem Kapital stieg zwischen 2003 und 2015 stark an; argentinisches Kapital hingegen investierte vorwiegend in Sektoren, die aufgrund ihrer räumlichen Verortung weniger Konkurrenzdruck ausgesetzt sind: in den Abbau natürlicher Rohstoffe, in Teile des Dienstleistungssektors sowie in den Bausektor (Gaggero et al. 2014). Zudem vertiefte sich die Zweiteilung (*dualización*) der argentinischen Ökonomie, im Speziellen der Industrie, zwischen einem modernen und extrem konzentrierten Teil, dessen Produktivitätsraten auf internationaler Ebene konkurrieren können, und einem Teil, der aufgrund seiner niedrigen Produktivitätsraten nicht konkurrenzfähig ist (Piva 2017b: 67f.).

Im Hinblick auf das Finanzkapital bedarf es eines kurzen Rückblicks in die 1990er Jahre. Von 1991 an hatte die Regierung Carlos Menems den sogenannten *plan de convertibilidad* (Konvertibilitätsplan) genutzt, um der Hyperinflation entgegenzuwirken. Der 1:1-Wechselkurs zwischen dem argentinischen Peso und dem US-Dollar sorgte dafür, dass Importe durch den überbewerteten Peso billig waren und Druck auf die einheimischen Löhne und Preise ausgeübt wurde. Dieses Modell

wurde über einen permanenten Zufluss von Auslandskapital finanziert, das durch hohe Zinssätze und die Privatisierung von staatlichen Unternehmen ins Land geholt wurde (Becker 2002). Ende der 1990er Jahre änderte sich das internationale Szenario und die Investitionen ausländischen Kapitals nach Argentinien stoppten. Nachdem das Modell allerdings vom stetigen Zufluss an ausländischem Kapital abhängig war, führte der Investitionsstopp zum Staatsbankrott von 2001 und dem Ende der Wechselkursparität. Übrig blieben nicht nur die während der 1990er Jahre stark angestiegene Staatsverschuldung, sondern auch Kredite der argentinischen Mittelklasse, die teilweise in US-Dollar notiert waren.

Als Néstor Kirchner 2003 die Regierung übernahm, stand diese vor der Herausforderung, die Auslandsschulden mit Gläubigern und internationalen Finanzinstitutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) neu zu verhandeln. 2004 bot die Regierung den Gläubigern deshalb einen Schuldenrestrukturierungsplan an. Bedingt durch die Heterogenität an Gläubigern und Kreditformen, die gemeinsam verhandelt wurden, gestaltete sich der Prozess als schwierig. Trotzdem konnte die Regierung eine Übereinkunft mit 76 % der Gläubiger erzielen, wodurch die Schulden um 43 % reduziert wurden (Musacchio/Becker 2007: 128). Später dann (2010) wurde ein weiterer Teil der Gläubiger in die Übereinkunft integriert, sodass diese 93 % aller Gläubiger abdeckte.

Diese Neuverhandlungen senkten den Druck auf die Staatsfinanzen und ermöglichten die wirtschaftlichen Entwicklungen der nachfolgenden Jahre. Somit lässt sich die Restrukturierung der Auslandsverschuldung als Erfolg des Kirchnerismus begreifen. Doch obwohl die Regierung sich darauf verstand, die nationale und internationale politische Situation sowie die schwache Position des IWF auszunutzen – der IWF war durch seine Rolle während der neoliberalen Politiken der 1990er Jahre stark diskreditiert –, stellte sie weder die zugrundeliegenden finanzpolitischen Regelungen noch die Legitimität der akkumulierten Auslandsverschuldung infrage (Musacchio/Becker 2007: 128). Somit wurde die Schuldenhöhe als legitim akzeptiert, während der Ausgleich mit den internationalen Finanzinstitutionen gegenüber dem Ausgleich mit Privatgläubigern priorisiert wurde. Ebenfalls wurde am *Ley de Entidades Financieras* (Finanzinstitutionengesetz) von 1977 weitgehend festgehalten. Bereits von der Militärdiktatur konzipiert mit dem Ziel die Finanzmärkte zu dezentralisieren, garantiert es dem Finanzkapital Freiheiten in maximalem Ausmaß.

In den letzten beiden Perioden des Kirchnerismus sollte die Geld- und Finanzpolitik in der öffentlichen Debatte stark an Bedeutung gewinnen und zunehmend in die Kritik geraten. Unmittelbar nach 2003 war die Regierung Néstor Kirchners jedoch überaus erfolgreich mit der von ihr gewählten Strategie, die darauf abzielte, einen kompetitiven und stabilen Wechselkurs sowie eine niedrige Inflationsrate zu garantieren. Über Sterilisierungsoperationen auf dem Währungsmarkt schaffte es die Regierung, die Inflation niedrig und gleichzeitig den Peso leicht unterbewer-

tet zu halten. Dieser Wechselkurs hatte positive Effekte auf die Substitution von Importen und förderte den Binnenkonsum. Aufgrund des niedrigen Pesos waren Exporte relativ preiswert und international konkurrenzfähig, während die einheimische Produktion durch die verteuerten Importe geschützt wurde. Darüber hinaus verfolgte die Regierung eine expansive Geldpolitik mittels niedriger Zinsen.

Von 2005 an entschied sich die Regierung, weiter an dem konkurrenzfähigen Wechselkurs festzuhalten, statt niedrige Inflationsraten zu priorisieren (Frenkel/Rapetti 2007). Die Regierung führte kleinere Kapitalflusskontrollen wie eine Mindestdauer für Investitionen ein (Piva 2015: 55). Letzteres stand im Einklang mit dem Hauptziel der Regierung, Beschäftigung und Wachstum durch Anreize auf dem Binnenmarkt zu stimulieren.

Bis Ende 2006 war die Regierung in der Lage, die Inflation niedrig zu halten (10,3 %). Ab diesem Zeitpunkt begannen die Inflationsraten zu steigen und die Wechselkursstrategie zu unterlaufen (2007: 18,3 %). Wie Damill/Frenkel (2015) analysieren, verpasste es die Regierung, ihre Wirtschaftspolitik anzupassen und ihre Maßnahmen liefen einander zunehmend zuwider. Die beiden Ökonomen mutmaßen, dass die nicht erfolgte Anpassung auch der anstehenden Präsidentschaftswahl 2007 geschuldet war. Die Regierung hielt an ihrer Strategie fest und intervenierte in das Nationale Statistikinstitut (*Instituto Nacional de Estadística y Censos* – INDEC), um die Inflationsraten den eigenen politischen Zielen anzupassen.⁵ Während die Wechselkursstrategie der Regierung zu Beginn ein entscheidender Baustein für die erfolgreiche wirtschaftspolitische Strategie des Kirchnerismus war, kehrte sich deren Ausrichtung im weiteren Verlauf zu einem zentralen Problem um.

Die gute wirtschaftliche Lage in den Anfangsjahren machte sich auch in einer schnellen Erholung des Arbeitsmarkts, die dem Kirchnerismus eine breite Unterstützung in der Bevölkerung einbrachte, bemerkbar. Lag der Anteil der Erwerbslosen⁶ 2001 bei über 18 % und die Quote der informell Beschäftigten 2002 bei beinahe 44 %, konnte die Regierung die Erwerbslosigkeit schnell verringern und den Anteil der informell Beschäftigten ab 2005 kontinuierlich absenken (s. Abbildung 2).⁷ Umgekehrt stieg der Anteil der Erwerbstätigen sukzessive an. Zu diesem Zeitpunkt sei bereits vorweggenommen, dass die Erfolge des Kirchnerismus im Hinblick auf den Arbeitsmarkt vor allem in dieser ersten Periode zu verorten sind – eine Tendenz,

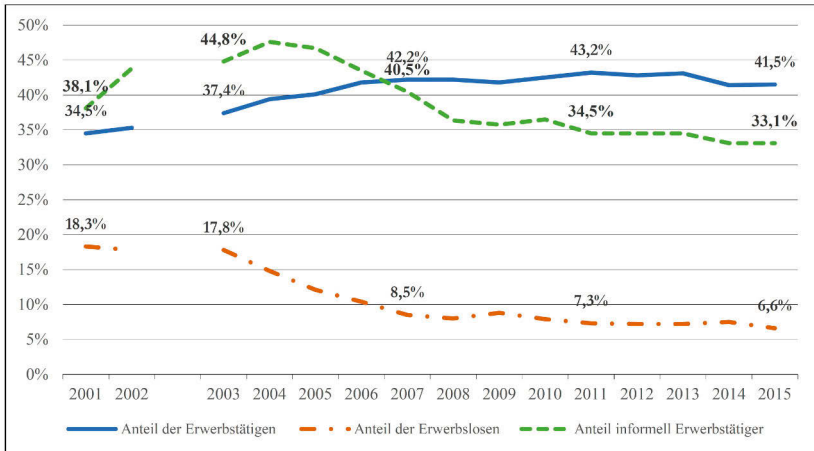
5 Für Details bezüglich der INDEC-Daten s. Fußnote 1, Kapitel 6.

6 Die Definition von Personen ohne regelmäßiges Arbeitseinkommen des INDEC (2011) nähert sich jener der ILO an, die im Deutschen mit *erwerbstätig/erwerbslos* übersetzt wird. Deshalb wird diese Bezeichnung hier verwendet und nicht der im Deutschen gebräuchlichere Begriff der Arbeitslosigkeit.

7 Dass der Anteil der informell Erwerbstätigen in den Jahren 2003 und 2004 zunächst anstieg, erklärt sich aus der Erholung der Wirtschaft, die zunächst prekäre Arbeitsverhältnisse, die dann sukzessive formalisiert wurden, schuf

die sich in vielen Bereichen der kirchneristischen Wirtschaftspolitik zeigt. In den Folgejahren 2007/2008 verblieben die Quoten auf ungefähr gleichem Niveau.

Abbildung 2: Anteil der Erwerbstätigen, Erwerbslosen und informell Erwerbstätigen 2003–2015



Quelle: EPH (INDEC), eigene Darstellung (die Unterbrechung zeigt die veränderte Methodologie der EPH ab dem dritten Quartal 2003 an)

Diese Erfolge ermöglichten es der Regierung, Allianzen mit den Gewerkschaften zu knüpfen. Die wissenschaftliche Literatur stimmt größtenteils darin überein, dass die kirchneristischen Jahre zu einer Wiederbelebung der argentinischen Gewerkschaften führten. (Für einen Überblick der Entwicklungen vgl. Delfini/Ventricci 2016.) Dass die Gewerkschaften wieder zu ProtagonistInnen wurden, lag neben ihrer Rolle in den 1990er Jahren auch daran, dass sich eine neue Generation an AktivistInnen aus den Krisenjahren in die Gewerkschaften integrierte. Neben der wiedererstarkten Bedeutung der Gewerkschaftsbükratie innerhalb des neo-developmentalistischen Entwicklungsmodells des Kirchnerismus sorgte diese Generation an AktivistInnen für eine Revitalisierung an der Gewerkschaftsbasis (Varela 2016; Ventricci et al. 2012).

Obwohl es in dieser Periode zur Institutionalisierung von Verhandlungskanälen zwischen der Regierung und der organisierten ArbeiterInnenbewegung kam (kritisch im Hinblick auf deren Ad-hoc-Charakter äußert sich Wylde 2011), lässt sich gleichzeitig eine zweifache Fragmentierung feststellen. Erstens fragmentierte sich der Arbeitsmarkt selbst aufgrund der ungleichen Verteilung der Gewinne aus dem wirtschaftlichen Aufschwung weiter. Die Löhne stiegen in dieser Phase an und die ArbeiterInnenklasse konnte sich einen gesteigerten Anteil an der

wirtschaftlichen Rekonsolidierung sichern, sodass die Lohnquote von 31,3 % (2003) auf 40,4 % (2009) anstieg (CIFRA/CTA 2015: 21). Die Erwerbstätigen im informellen Sektor hingegen profitierten weitaus weniger vom wirtschaftlichen Aufschwung. Während die Löhne in formalisierten Arbeitsverhältnissen und dem Privatsektor überdurchschnittlich anstiegen, steigerten sie sich im öffentlichen und im informellen Sektor nur leicht und knapp unter der Inflationsrate (Basualdo 2006: 170). Die ungleichen Entwicklungen der Löhne im öffentlichen und privaten Sektor sowie zwischen formellen und informellen Arbeitsverhältnissen vertieften demnach eine bereits zuvor vorhandene Fragmentierung des Arbeitsmarktes. Vor diesem Hintergrund prägten Etchemendy/Collier (2007) den Begriff des »segmented neo-corporatism«, um die Wiedererstarkung des formellen Arbeitsmarkts zu verbesserten Konditionen bei gleichzeitigem Fortbestand eines hohen Anteils an informellen Arbeitsbeziehungen zu beschreiben.

Der zweite Fragmentierungsprozess in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse vollzog sich innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen selbst. Eine der Hauptursachen waren die unterschiedlichen Positionen innerhalb der Gewerkschaften gegenüber der kirchneristischen Regierungen. 2012, in einer späteren Periode, existierten schließlich fünf unterschiedliche gewerkschaftliche Dachverbände. In diesen ersten Jahren deuteten die Entwicklungen allerdings noch in eine andere Richtung.

Nach der Fragmentierung der Gewerkschaften, aufgrund der Unterstützung der Regierung Menems durch einen Teil der Gewerkschaftsbürokratie in den 1990er Jahren, drängte die Regierung Kirchners auf eine Vereinigung des argentinischen Gewerkschaftsdachverbandes der *Confederación General del Trabajo de la República Argentina* (CGT). 2005 wurde Hugo Moyano schließlich Generalsekretär des wiedervereinigten Dachverbandes. In den folgenden Jahren war die CGT unter der Führung Moyanos der bevorzugte Gesprächs- und Verhandlungspartner der Regierung bei der Re-Institutionalisierung von Tarifverhandlungen. Diese Re-Institutionalisierung zeigt sich etwa in der steigenden Zahl an Verhandlung sowie erzielten Ergebnissen während des Kirchnerismus, aber auch in steigenden Mitgliederzahlen der Gewerkschaften (Varela 2016: 15).

Diese neuerliche Wertschätzung auf wirtschaftlicher Ebene ließ bei den Gewerkschaften Erwartungen dahingehend entstehen, dass man die politische Rolle, die in Argentinien den Gewerkschaften historisch zukommt, zurückerlangen könne (Natalucci 2016). In einer späteren Periode sollten diese Ambitionen eines Teils der Gewerkschaftsbürokratie zum Bruch zwischen der Regierung und der von Moyano angeführten Fraktion führen. Zunächst aber gehörte eben jene Fraktion der CGT rund um Moyano zu den engsten Verbündeten der Regierung.

Das Verhältnis der Regierung mit dem zweiten Dachverband, der *Central de los Trabajadores Argentinos* (CTA), entwickelte sich anders, obwohl sich auch diese später entlang der Positionierung gegenüber dem Kirchnerismus aufspaltete. Die CTA organisiert größtenteils ArbeiterInnen aus dem Dienstleistungssektor, öffentliche

Angestellte und LehrerInnen. Sie wurde 1991 aus Ablehnung der Unterstützung der neoliberalen Agenda durch die CGT-Führung gegründet. Gemeinsam mit weiteren politischen Akteuren und den sozialen Bewegungen entwickelte sie sich zu einem der wichtigsten organisierten Akteure im Widerstand gegen die neoliberale Reorganisation der argentinischen Gesellschaft. Die CTA war somit logischer Bündnispartner für die Regierung Néstor Kirchners. Wie ich in Kapitel 10 im Detail analysieren werde, drückte sich dieses Bündnis in der Erfüllung historischer Forderungen der CTA speziell im Feld der Bildungspolitik aus, wie etwa dem *Ley de Financiamiento Educativo* (26.075) (Bildungsfinanzierungsgesetz), das im Dezember 2005 verabschiedet wurde. Auch die Wiederverstaatlichung der Vorsorgekassen, die im Jahr 2008 vollzogen wurde, war eine historische Forderung der CTA. Die von Néstor Kirchner verfolgte Strategie kooptierte aber auch Teile der CTA und ihrer BündnispartnerInnen, die Teil des sozialen und politischen Raumes, den die CTA in den 1990er Jahren zu kreieren vermocht und angeführt hatte, gewesen waren (Retamozo/Morris 2015: 72f.). Trotzdem oder deshalb unterstützte die CTA die Regierung bis 2010.

Während die organisierte ArbeiterInnenbewegung wieder an Bedeutung gewann, hatte die Bewegung der Arbeitslosen (*piqueteros*) eine zentrale Rolle während der 1990er Jahre und in den Krisen Jahren um 2001 innegehabt (Svampa/Pereyra 2003). Teile der Bewegung wurden mit Beginn des Kirchnerismus in dessen politisches Projekt integriert, während die radikaleren Teile, die auf weitreichendere gesellschaftliche Veränderungen drängten, von der Regierung marginalisiert wurden (Svampa/Pandolfi 2004). Diese Strategie stellte sich als erfolgreiche Antwort auf eine widersprüchliche »doppelte Forderung« der Bevölkerung während der Krisenjahre heraus, die einerseits den Wunsch nach grundlegenden Veränderungen artikuliert, aber andererseits eine Rückkehr zur Normalität herbeigesehnt hatte (Svampa 2007, Übers. T. B.). Obwohl es zu einer Marginalisierung von Teilen der Bewegungen und popularen Klassen kam, profitierten diese ebenfalls von der wirtschaftlichen Erholung. Neben den oben genannten Lohnsteigerungen im informellen Sektor (wenngleich diese geringer ausfielen als jene Steigerungen in formalisierten Arbeitsverhältnissen) gingen auch Armut und absolute Armut zurück. Der Kirchnerismus führte die Sozialprogramme, die teilweise noch von der Vorgängerregierung entworfen worden waren, weiter, vertiefte oder weitete diese aus. Allerdings begann die Regierung im Gegensatz zu den 1990er Jahren, in denen die Programme hauptsächlich auf Ebene der Provinzen administriert worden waren, die Transferleistungen zu universalisieren und deren Verwaltung auf nationaler Ebene zu zentralisieren. Deshalb und anschließend an die oben eingeführte Charakterisierung von Etchemendy und Collier spricht Piva (2015: 243, Übers. T. B.) von einem »segmentierten Neokorporatismus plus zentralisierter öffentlicher Fürsorge«.

Im Hinblick auf die argentinische Mittelklasse lässt sich ebenfalls eine breite Allianz mit dem kirchneristischen Projekt in dieser ersten Periode feststellen. Die Mittelklasse hatte während der 1990er Jahre und im Speziellen durch die Krise 2001 einen rasanten sozialen und wirtschaftlichen Abstieg erfahren. Obwohl alle Teile der argentinischen Gesellschaft von der Krise betroffen waren, traf diese die sogenannten *nuevos pobres*, die neuen Armen (Kessler/Di Virgilio 2008), vergleichsweise stark (Kapitel 4). Die VerliererInnen der Hochzeit des Neoliberalismus erlebten nun während der ersten Periode des Kirchnerismus einen »Konsumboom«, der es ihnen nicht nur erlaubte, das Konsumniveau aus früheren Jahren zurückzuerlangen, sondern dieses zu steigern (Wortman 2010: 147–157).

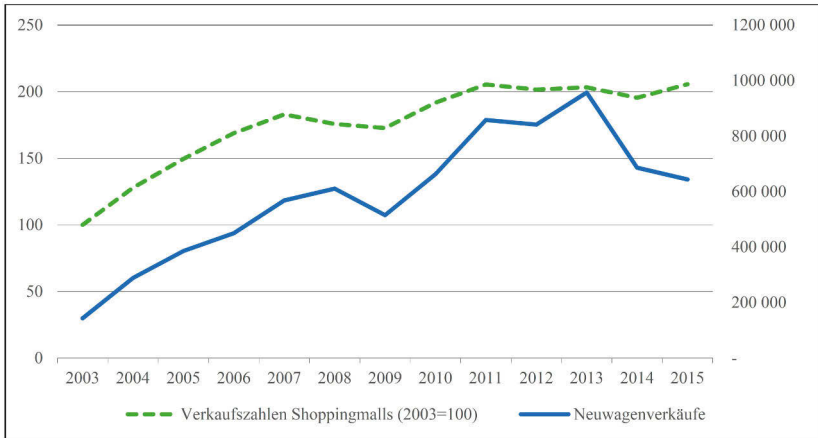
In Kapitel 8 werde ich die Veränderungen der argentinischen Sozialstruktur während des Kirchnerismus im Detail und mit einem Fokus auf die Mittelklasse analysieren. Bereits hier sei vorweggenommen, dass vor allem die untere Mittelklasse verhältnismäßig anwuchs. Eine Steigerung der eigenen Konsummöglichkeiten erfuhr hingegen nicht nur diese, sondern erfuhren auch andere Teile der Mittelklasse. Beispielsweise stiegen die Verkaufszahlen in Shoppingmalls – hauptsächlich von den Eliten und der oberen Mittelklasse frequentiert⁸ – in diesen ersten Jahren stark an (der Höchstwert lag bei einem Anstieg von 27,8 % für 2003) und deuten auf eine schnelle Erholung dieser Teile der Sozialstruktur hin (s. Abbildung 3). Ein anderes Indiz sind die Verkaufszahlen von Neuwagen, die sich zwischen 2003 (143.273) und 2008 (610.650) vervierfachten (ACARA 2015).

Bereits an dieser Stelle sei vorweggenommen, dass der Kirchnerismus der argentinischen Mittelklasse zu diesem Zeitpunkt auch auf diskursiver Ebene überaus offen gegenüberstand. Die Geschichte der argentinischen Mittelklasse, wie sie in Kapitel 4 dargestellt wurde, hat gezeigt, dass das Verhältnis zwischen argentinischer Mittelklasse und dem Peronismus über lange Phasen des 20. Jahrhunderts überaus konfliktiv war. Die Idee einer anti-popularen Mittelklasse ist deshalb ein festverankertes Narrativ innerhalb der peronistischen Tradition. Speziell in dieser ersten Phase findet sich die Mittelklasse in den kirchneristischen Erzählungen jedoch nicht als oppositionelle Kraft, sondern wird als Teil eines gemeinsamen Projekts angerufen (Kapitel 9).

Überaus relevant war in diesem Zusammenhang auch die sogenannte Erinnerungs- und Aufarbeitungspolitik der kirchneristischen Regierungen

8 Die (lateinamerikanische) Marktforschung klassifiziert die Bevölkerung zumeist in die »Klassen« A, B, C1, C2, C3, D und E (Mora y Araujo 2002). In Argentinien frequentieren speziell die Gruppen A, B, und C1 die Shoppingmalls. Klarerweise liegen meiner Forschung und jenen Marktstudien grundverschiedene Klassenbegriffe zugrunde, trotzdem lässt die Klassifizierung soziologische Schlüsse darüber zu, welche Orte von welchem Ausschnitt der Sozialstruktur zu Konsumzwecken frequentiert werden.

Abbildung 3: Entwicklung der Verkaufszahlen ShoppingMalls (2003=100, linke y-Achse) und Neuwagenverkäufe (rechte y-Achse), 2003-2015.



Quelle: INDEC, ACARA, eigene Darstellung

(vgl. Andriotti Romanin 2012; Lessa 2013: 49-130). In dieser ersten Phase repräsentierten sie eine Neuerung und bewusst gewählte Abgrenzung zu den vorherigen Regierungen seit der Rückkehr zu Demokratie. Vor allem bei Menschenrechtsorganisationen wie den *madres de la plaza de mayo* und Intellektuellen erhielt diese Politik viel Zuspruch.

Bei den *madres* handelt es sich um eine Gruppe von Müttern, die während der Militärdiktatur durch ihre wöchentlichen Spaziergänge vor dem Präsidentenpalast gegen die Diktatur demonstrierten und Aufklärung über den Verbleib ihrer verschwundenen Kinder forderten. Die Mütter und ihre Kopftücher sind mittlerweile zu einem internationalen Symbol für die Aufarbeitung der Verbrechen von Militärdiktaturen geworden.

Raúl Alfonsín, der erste Präsident Argentinien (1983 –1989) nach der letzten Militärdiktatur, hatte sich aufgrund der damals herrschenden Kräfteverhältnisse nicht gegen die Militärs durchsetzen können. Carlos Menem setzte dem Versuch der Verbrechensaufarbeitung dann mit dem Schlusspunktgesetz (*Ley de Punto Final*, Nr. 23.492, 1986) und dem Gesetz über die Gehorsamspflicht (*Ley de Obediencia Debida*, Nr. 23.521, 1987) ein Ende. Die Regierung unter Néstor Kirchner begann hingegen wieder mit den Prozessen gegen die Verantwortlichen des staatlichen Terrors der 70er und 80er Jahre und versammelte damit bedeutende Teile von Or-

ganisationen wie den *madres* hinter sich (für eine Aufarbeitung unterschiedlicher Linien innerhalb der Organisation vgl. Andriotti Romanin 2014).⁹

Zusammenfassend wird die erste Periode des Kirchnerismus aufgrund der fraktions- und klassenübergreifenden Allianzen auf ökonomischer und politischer Ebene häufig als *transversalidad* (Transversalität) bezeichnet. Während die exportorientierte Agraroligarchie vom globalen Rohstoffboom und den hohen Weltmarktpreisen profitieren konnte, nutzte die Regierung die zusätzlichen Staatseinnahmen für Zugeständnisse an die popularen Klassen und die organisierte ArbeiterInnenbewegung. Die Mittelklasse profitierte einerseits von der Reaktivierung des Privatsektors und andererseits von den wachsenden Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Der wirtschaftliche Abstieg der Vorjahre konnte dadurch rückgängig gemacht werden. In dieser ersten Periode ermöglichte ein »pact of consumption« zwischen der kirchneristischen Regierung und den subalternen Klassen (Boos 2017), die kapitalistische Akkumulation wieder in Gang zu setzen.

Darüber hinaus lässt sich feststellen, dass sich die Kräfteverhältnisse innerhalb des Machtblocks verschoben. Das »produktive« Kapital in Form des Industriekapitals, aber vor allem das exportorientierte Agrarkapital, ersetzte das Finanzkapital als dominante Fraktion im Block an der Macht (Lucita 2012; Piva 2011: 14). Trotzdem bestanden wichtige Charakteristika der makroökonomischen Strukturen weiterhin fort (als Beispiel sei noch einmal das Gesetz für Finanzinstitutionen genannt). Auf politischer Ebene versuchte Néstor Kirchner eine Allianz zu schmieden, die über den peronistischen Parteiapparat hinausging. Emblematisches Beispiel sind hier die sogenannten *radicales-K*: (frühere) Parteimitglieder der zweiten historischen Partei Argentiniens, der *Unión Cívica Radical* (UCR), die die Regierung unterstützten. Die Allianz ging so weit, dass der frühere Gouverneur Julio Cobos im Jahr 2007 zum Vize-Präsident von Cristina Fernández de Kirchner ernannt wurde. Allerdings sollte diese Allianz – und ganz allgemein das transversale Projekt des Kirchnerismus – bereits wenig später zerbrechen.

9 Einer der symbolträchtigsten Akte jener Jahre, mit dem die Regierung bereits früh ihre Agenda kundtat, war die Entschuldigung Néstor Kirchners am 24. März 2004 im Namen des Argentinischen Staates bei den Opfern des Staatsterrors. Im Zuge dieser Entschuldigung erteilte er den Militärs vor den anwesenden JournalistInnen die Anweisung, die Porträts der beiden Diktatoren Reynaldo Bignone und Jorge Rafael Videla aus der Ehrengalerie der Militärakademie zu entfernen. Eine Videoaufzeichnung dieses Aktes findet sich unter <http://www.youtube.com/watch?v=ALovEo6emvc> [01.02.2019].

7.2 2008–2009 Wirtschaftliches Interregnum und Niederlage der transversalen Strategie

Die zweite Periode umfasst 2008 und 2009, welche sich als die Krisenjahre des Kirchnerismus bezeichnen lassen. Infolge der verlorenen Auseinandersetzungen in dieser Periode sah sich die Regierung gezwungen, innerhalb ihrer Hegemonie-strategie den Modus der Einbindung zu verändern.

2007 wurde Cristina Fernández de Kirchner mit 45,3 % der Stimmen zur neuen Präsidentin Argentiniens gewählt. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise machten sich zu Beginn ihrer Amtszeit in einem geringeren Ausmaß bemerkbar, als zuvor befürchtet worden war. 2008 verringerte sich das Wirtschaftswachstum zwar im Vergleich zu den hohen Steigerungsraten der Vorjahre, das BIP wuchs aber trotzdem um 4,1 % an (INDEC-alt: 3,1 %) (s. Abbildung 1). Erst 2009 zeichnete sich die globale Wirtschaftskrise deutlich ab, und die Wirtschaft schrumpfte um – 5,9 %. Allerdings sei angemerkt, dass diese drastische Verringerung erst mit den revidierten INDEC-Zahlen durch die Regierung Macris nach 2015 statistisch sichtbar wurde (s. Fußnote 1, Kapitel 6). Zum Zeitpunkt selbst diagnostizierte der INDEC eine Stagnation der Wirtschaft bei 0,1 %. Diese Differenz – es handelt sich um das Jahr mit der größten Abweichung zwischen den alten Zahlen des INDEC und den revidierten Zahlen – ist aus hegemonietheoretischer Perspektive und im Hinblick auf die Wahrnehmung der Regierung in der Bevölkerung zu jenem Zeitpunkt bedeutsam. Vor allem in der nachfolgenden Periode von 2009 bis 2011 herrschte ein Gefühl der wirtschaftlichen Stabilität vor und es dominierte die Wahrnehmung, dass die Regierung trotz aller Kritik den Folgen der Weltwirtschaftskrise vergleichsweise gut ausgewichen sei (Grüner 2011).

Das Ereignis in dieser zweiten Periode, dass das kirchneristische Projekt entscheidend rekonfigurieren sollte, war hingegen der *conflicto con el campo* (Konflikt mit dem Land). Der Konflikt zwischen dem Agrarsektor und der Regierung im Jahr 2008 lässt sich als eines der entscheidenden *acontecimientos* (Ereignisse) während des Kirchnerismus ausmachen. Rückblickend betrachtet, kündigte er die sich verkleinernden wirtschaftlichen Umverteilungsspielräume der Regierung an. Er wurde aber vor allem zu einer Schlüsselkonfrontation des Kirchnerismus, weil er dessen Allianzen mit einem Großteil der gesellschaftlichen Akteure modifizierte.

Hervorgerufen wurde der Konflikt vom Versuch der Regierung, flexible Ausfuhrzölle für Agrarprodukte zu implementieren (vgl. Arceo et al. 2009; Bonnet 2010; Giarracca/Palmisano 2012). Mit der Resolution 125/2008 zielte die Regierung darauf ab, den Anteil des Staates an den Gewinnen aus dem globalen Rohstoffboom zu vergrößern. Allerdings widersetzten sich die großen Agrarverbände diesem Versuch, kündigten den seit 2003 geschmiedeten Klassenkompromiss auf und stellten offen die Rolle der Regierung als Vermittler in diesem Kompromiss infrage. Hatte das Agrarkapital in den Vorjahren bereitwillig politische Macht im Austausch für die

hohen Gewinne durch die steigenden Rohstoffpreise abgegeben, war es nicht bereit, ökonomische Macht aufzugeben. Beide Seiten mobilisierten in dem Konflikt historische Narrative eines ländlichen Ursprungs der argentinischen Nation. Die Agraroligarchie rekurrierte auf den Slogan »*el campo somos todo*« (»wir alle sind der ländliche Raum«) und das Bild des/der Kleinbauern/Kleinbäuerin, der/die sein/ihr eigenes Land bearbeitet, während die Regierung die GroßgrundbesitzerInnen als die historischen EigentümerInnen und HerrInnen Argentiniens zeichnete.¹⁰

Nach monatelangen Verhandlungen, Straßenblockaden durch die AgrarproduzentInnen und Lieferboykotten, die zu Versorgungsengpässen in den Städten führten, ging der Agrarsektor als Sieger aus dem Konflikt hervor (eine genau Analyse unterschiedlicher Fraktionen und deren Positionierung findet sich in Cotarelo 2008; für eine Chronologie der Ereignisse vgl. OSAL 2008e, 2008a, 2008d, 2008c, 2008b). Symbolisch und politisch folgenreich war hierbei, dass der Vize-Präsident Julio Cobos mit seiner entscheidenden Stimme die Mehrheit gegen die Resolution 125/2008 sicherte. Cobos war Teil der oben erwähnten *radicales-K*, die die Regierung bis zu diesem Zeitpunkt unterstützt hatten und symbolisch für das transversale Projekt des Kirchnerismus standen. Sein negatives Votum markierte das Ende der transversalen Phase.

Die Niederlage des Kirchnerismus war Ergebnis davon, dass die großen Agrarverbände erfolgreich ihre Interessen über den eigenen Sektor hinaus verallgemeinern konnten. Sie führten während des Konflikts nicht nur den Agrarblock an, sondern hegemonisierten auch andere gesellschaftliche Gruppen. In diesem Sinne war das Großkapital in der Lage, sein ökonomisch-korporatives Interesse nicht nur innerhalb des Agrarblocks durchzusetzen, sondern auch als gesamtgesellschaftliches Interesse zu universalisieren. Die Gründe hierfür waren mannigfaltig.

Erstens besitzt das Agrarkapital – bedingt durch die strukturelle Abhängigkeit Argentiniens von den Staatseinnahmen aus Agrexporten – eine Art ökonomische Vetomacht, die es im Agrarkonflikt einsetzte (CIFRA/CTA 2015: 19–21). Wie für die vorherige Periode analysiert, war der Agrarsektor eine entscheidende Säule der Entwicklungsstrategie des Kirchnerismus. Die Regierung scheiterte mit dem Versuch, den Agrarblock durch Zugeständnisse an die KleinproduzentInnen zu spalten. Stattdessen war das Großkapital in der Lage, andere Agrarfraktionen, bestehend aus kleinen und mittleren ProduzentInnen, zu hegemonisieren – und

10 Das emblematischste Beispiel für diesen Kampf um Diskurshoheit ist die Rede von Fernández de Kirchner vom 25. März 2008, in der sie die Landbesitzer kritisierte und dabei ein bekanntes Folklorelied Atahualpa Yupanquis, einem der berühmtesten Folkloresänger Argentiniens, mit den Worten »*las vaquitas para ellos y las penitas para los demás*« (»die Kühe für sie, die Leiden für die anderen«) paraphrasierte (*Discurso de Cristina Fernández en el acto de firma de convenios entre aysa y municipios bonaerenses*, 25.03.2008).

das obwohl letztere sich durch die Neuregelung einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den GroßproduzentInnen hätten verschaffen können (Basualdo/Arceo 2009).

Zweitens übernahmen die großen Agrarverbände nicht nur die Führung innerhalb des Agrarblocks, sondern zogen auch die urbane Mittelklasse auf ihre Seite. Sowohl die Regierung als auch die Verbände versuchten während des Konflikts, Unterstützung in den Städten zu mobilisieren und riefen zu Demonstrationen auf. Bei diesem »Kräftemessen auf der Straße« konnte die Seite des Agrarkapitals deutlich mehr Unterstützung mobilisieren als die Regierung (Bonnet 2015: 73f.). Die Unterstützung der Agrarverbände durch die urbane Mittelklasse war dabei Ausdruck einer wachsenden Kritik am Kirchnerismus. Diese hatte sich bereits zuvor etwa durch die Wahl Mauricio Macris zum Bürgermeister von Buenos Aires Mitte 2007 angedeutet (Bonnet 2015: 94). Die mittlerweile schnell ansteigende Inflation (2008: 27,1 %) ließ Erinnerungen an die Krisenjahre wach werden, und das allgemeine Lohnniveau stagnierte erstmals seit 2003, beziehungsweise schrumpfte im Privatsektor sogar (s. Tabelle 1). Darüber hinaus artikulierte sich der Agrarkonflikt mit einer zunehmenden Kritik an der Regierung im Hinblick auf deren Umgang mit den politischen Institutionen. Neben der Intervention des INDEC gab es Gerüchte um eine mögliche Verfassungsänderung, die eine uneingeschränkte Wiederwahl des/der PräsidentIn ermöglichen sollte (Bonnet 2015: 94). Der konfliktive Modus, den die Regierung in der Auseinandersetzung mit der Agraroligarchie forcierte, bestärkte diese Wahrnehmung noch. Die urbane Mittelklasse sah in dem Agrarkonflikt die Chance, die Regierung für ihre Unachtsamkeit gegenüber ihren Forderungen abzustrafen.

Ein dritter entscheidender Faktor war die mediale Berichterstattung, die sich zunehmend gegen die kirchneristische Regierung wandte. Der permanente Konflikt zwischen Kirchnerismus und den Medien in den nachfolgenden Jahren, im Speziellen der Gruppe *Clarín*, hat seinen Ursprung in dieser Periode. Die Zeitung *Clarín* ist (neben *La Nación* und *Página12*) eine der drei großen Tageszeitungen des Landes. Die dahinterstehende Mediengruppe *Clarín* ist der größte Medienkonzern des Landes, besitzt zahlreiche Fernsehkanäle und ist auch in anderen Branchen wie etwa der Telekommunikation tätig. Dass sich *Clarín* in den nachfolgenden Jahren zu einer der wichtigsten oppositionellen Kräfte des Kirchnerismus entwickeln sollte, war allerdings zu Beginn des Kirchnerismus nicht zu erwarten gewesen.

Bis zu diesem Zeitpunkt war das Verhältnis zwischen Kirchnerismus und *Clarín* von beidseitigem Wohlwollen geprägt gewesen. Die transversale Strategie hatte auch die Medien umfasst. Aufgrund der instabilen Lage war Néstor Kirchner nach seiner Wahl 2003 um gute Beziehungen zu den Medien und *Clarín* bemüht gewesen (Kitzberger 2011: 180–182). Die Regierung bevorteilte den Konzern etwa bei der Vergabe und Verlängerung von Kanallizenzen 2004 und 2005 und ermöglichte ihm eine Expansion auf dem Fernseh- und Internetmarkt (Kitzberger 2016: 455). *Clarín* seinerseits unterstützte Kirchner und dessen Regierung. Sivak (2016) und Blanck

(2016) sprechen für die ersten Jahre sogar von der »empathischsten« und nachhaltigsten Allianz, die *Clarín* je mit einer Regierung seit der Rückkehr Argentiniens zur Demokratie unterhalten habe.

Als *Clarín* während des Konflikts anfang, die Regierung zu kritisieren, begann diese wiederum, gegen die Medien und *Clarín* im Speziellen zu polemisieren. Emblematisch drückte sich dies in dem Slogan »*Clarín miente*« (»*Clarín lügt*«) aus, der eine wichtige Losung an der kirchneristischen Basis wurde. *Clarín* blieb auch in den Jahren danach ein wichtiger Antagon des kirchneristischen Projekts. Die Zeitung begann ab diesem Zeitpunkt ihrerseits – wie sein damaliger Chefredakteur Julio Blanck (2016) nach dem Ende des Kirchnerismus erklärte –, einen »*periodismo de guerra*« (»Kriegsjournalismus«) gegen den Kirchnerismus zu betreiben. Ab Ende 2009 begann die Regierung schließlich, an einem neuen Mediengesetz zur Dekonzentration der Medien zu arbeiten, von dem die *Clarín*-Gruppe besonders stark betroffen war und das sie zu Teilverkäufen gezwungen hätte. Im gleichen Jahr erwarb die Regierung die Fußballübertragungsrechte der argentinischen *Primera División* und ließ die Spiele im staatlichen Fernsehkanal übertragen. Seit 1991 hatte *Clarín* die Rechte mitbesessen und die Gewinne aus den Übertragungen im Pay-TV waren einer der entscheidenden wirtschaftlichen Faktoren für die Expansion der Mediengruppe in den Jahrzehnten zuvor gewesen (Kitzberger 2016: 463).

Doch nicht nur im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Kirchnerismus, der Mittelklasse und den Medien führte der Agrarkonflikt zu Spannungen. Auch innerhalb der Gewerkschaften verstärkte er bestehende Auseinandersetzungen. Innerhalb der CTA unterstützte die Fraktion um Hugo Yasky mit ihrer Basis in der LehrerInnengewerkschaft *Confederación de Trabajadores de la Educación de la República Argentina* (CTERA) (s. Exkurs s. 229) die Regierung in ihrer konfrontativen Strategie. Andere Teile rund um Pablo Michelli plädierten dafür, mit dem Agrarsektor zu verhandeln. Entlang dieser Linie sollte sich dann in der nächsten Periode der Bruch innerhalb der CTA vollziehen. Und auch innerhalb der CGT kam es zu internen Auseinandersetzungen in Bezug auf die eigene Positionierung gegenüber der Regierung. Allerdings blieb die Fraktion rund um Moyano in dieser Periode wichtiger Allianzpartner des Kirchnerismus (Delfini/Ventrici 2016: 32f.).

Neben den Konflikten innerhalb des Landes deuteten sich zum Ende der Periode dann auch erste Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise für Argentinien an. Privatinvestitionen begannen abzufließen. Allerdings waren diese Folgen zunächst noch vergleichsweise gering, weil Argentinien, bedingt durch die Schuldenumstrukturierung in den Vorjahren, von den internationalen Finanzmärkten relativ abgetrennt gewesen war (Damill/Frenkel 2015: 17f.). Entscheidender für den beginnenden Abschwung der Wirtschaft scheinen interne Faktoren gewesen zu sein, allen voran der Agrarkonflikt, aber auch steigende Inflationsraten sowie die Nutzung der Zentralbankreserven für die Zahlung der Auslandsverschuldung (Damill/Frenkel 2015: 18). Ab 2009 gab es erste Befürchtungen einer Abwertung des Pesos, die

sich 2010 und 2011 weiter verstärkten, aber bereits zu diesem Zeitpunkt den Kapitalabfluss beschleunigten (Damill/Frenkel 2015: 25).

Aus der vorangegangenen Analyse wird deutlich, dass der Agrarkonflikt die Allianzen zwischen der Regierung und den unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren neu konfigurierte. Die Niederlage der Regierung in dieser Auseinandersetzung fand Ausdruck in den Ergebnissen der Kongresswahlen von 2009, bei denen der Kirchnerismus starke Verluste erlitt. Allerdings, so wird sich in der nächsten Periode zeigen, gelang es dem Kirchnerismus aufgrund politischer Maßnahmen, wieder in die Offensive zu gelangen und den heute existierenden Kirchnerismus (neu) zu begründen.

7.3 2009-2011 Wirtschaftlicher Rückenwind und antagonisierende Offensive: der fundationale Moment des heute existierenden Kirchnerismus

Die Periode zwischen 2009 und 2011 wird von manchen als die »politisch produktivste Phase des Kirchnerismus« (Natanson 2012a: 138, Übers. T. B.) angesehen. Nach dem Agrarkonflikt und der daraus resultierenden Niederlage bei den Kongresswahlen schaffte es der Kirchnerismus in dieser Phase, die politische Initiative zurückzuerlangen, indem er einige seiner emblematischsten Politiken implementierte. Aus meiner Sicht lässt sich diese Periode deshalb als fundationaler Moment des heute existierenden Kirchnerismus charakterisieren. Ein Großteil der heute dominierenden Narrative und Imaginarien des Kirchnerismus (über sich selbst) haben ihre Wurzeln in dieser dritten Periode.

Auf wirtschaftlicher Ebene kam es zu einer beachtlichen Erholung. Sowohl 2010 (10,1 %) als auch 2011 (6 %) konnte man an die Steigerungsraten der Jahre von 2003 bis 2007 wieder anknüpfen (s. Abbildung 1). Ab 2010, aber vor allem aber 2011, wuchsen die Reallöhne wieder (s. Tabelle 1) und sorgten dafür, dass die privaten Konsumausgaben in dieser Periode wieder anstiegen. In der letzten Periode des Kirchnerismus werden sich an dieser Stelle die Grenzen des Wirtschaftsmodells zeigen, und die staatlichen Konsumausgaben dominieren die allgemeine Nachfrage zunehmend (s. Tabelle 2). Auf eine positive Wahrnehmung der Eliten und oberen Mittelklasse deuten auch die erneut stark steigenden Verkaufszahlen der Shoppingmalls und Neuwagenverkäufe hin (s. Abbildung 3). Letzteres war in Teilen allerdings auch den steigenden Inflationsraten geschuldet (der CIFRA/CTA-Index beziffert diese für 2010 auf 25,9 % und für 2011 auf 22,6 %), die dazu führten, dass in langlebige Gebrauchsgüter investiert wurde (diese Tendenz verstärkte sich in der nächsten Periode des Kirchnerismus noch).

Tabelle 1: Lohnentwicklung allgemein, im Privatsektor und informellen Sektor (2001=100), 2001-2014

	Index allgemeine Lohnentwicklung (2001=100)	Index Lohnentwicklung im Privatsektor (2001=100)	Index Lohnentwicklung im informellen Sektor (2001=100)
2001	100	100	100
2002	76,29	82,88	67,19
2003	82,53	92,74	71,62
2004	85,03	97,02	75,50
2005	91,08	108,79	75,70
2006	98,77	118,52	83,29
2007	96,70	113,56	82,29
2008	96,23	109,47	92,24
2009	97,72	111,73	97,41
2010	97,93	114,54	95,29
2011	103,41	126,87	103,06
2012	104,01	127,88	111,24
2013	100,96	123,44	109,55
2014	98,50	118,40	111,80

Quelle: Piva (2018)

Während sich die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf ökonomischer Ebene noch verzögerten, initiierte die Regierung auf politischer Ebene einen Strategiewechsel und begann, ein national-populäres Imaginarium als gesellschaftlichen Horizont wiederzubeleben (Svampa 2014). Die Regierung implementierte in dieser Phase einen Großteil der heute für den Kirchnerismus als emblematisch geltenden Politiken wie die *Asignación Universal por Hijo para Protección Social* (AUH), ein Kindergeld für Arbeitslose, GeringverdienerInnen oder Menschen mit Behinderung; sie beschloss das neue Mediengesetz (*Ley de Servicios de Comunicación Audiovisual*, Gesetz Nr. 26.522, 2009); die Möglichkeit einer gleichgeschlechtlichen Ehe (Gesetz Nr. 26.618, 2010) wurde verankert; die nationale Fluggesellschaft *Aerolineas Argentinas* wurde wieder verstaatlicht ebenso wie die seit 1993 privat verwalteten Vorsorgekassen (*Administradoras de Fondos de Jubilaciones y Pensiones* – AFJP) (Letzteres noch Ende 2008). Zudem fanden in dieser Periode symbolträchtige Ereignisse, wie die Zweihundertjahrfeier der Republik Argentinien (2010), statt. Ebenfalls trug der Tod Néstor Kirchners im gleichen Jahr zur Mythenbildung rund um die historische Mission des Kirchnerismus bei (Kapitel 9.3 analysiert eine der bedeutendsten Reden in dieser Hinsicht).

Tabelle 2: Anteil der privaten und staatlichen Konsumausgaben am BIP und Variation zum Vorjahr zu konstanten Preisen (2004) in %, 2004-2015

	Private Konsumausgaben		Staatliche Konsumausgaben	
	Anteil am BIP	Var. im Vergleich z. Vorjahr	Anteil am BIP	Var. im Vergleich z. Vorjahr
2004	64,3	-	11,1	-
2005	63,5	7,4	11,2	9,9
2006	65,2	11,0	10,8	3,7
2007	65,4	9,3	10,7	7,8
2008	67,4	7,2	10,7	5,0
2009	67,8	- 5,4	12,1	5,6
2010	68,4	11,2	11,6	5,5
2011	70,6	9,4	11,4	4,6
2012	72,1	1,1	11,9	3,0
2013	73	3,6	12,2	5,3
2014	71,6	- 4,4	12,9	2,9
2015	72,2	3,7	13,4	6,9

Quelle: INDEC, eigene Darstellung

Ab dieser Phase wurde ein Teil der Mittelklasse eine wichtige Säule des kirchneristischen Projekts. Der Kirchnerismus hatte aus den Fehlern während des Agrarkonflikts gelernt, in dem die urbane Mittelklasse der entscheidende Faktor gewesen war, der die Kräfteverhältnisse zu Ungunsten der Regierung verschoben hatte. In Kapitel 9.3 wird sich zeigen, wie sich diese veränderte Strategie diskursiv bemerkbar macht. Auf der einen Seite antagonisierte die Regierung einen Teil der Mittelklasse durch das Wiederbeleben des national-popularen Narrativs zunehmend. Emblematisch für diesen konfliktiven Modus der Politisierung steht die Auseinandersetzung zwischen der Regierung und der *Clarín*-Mediengruppe, die sich nach dem Agrarkonflikt weiter verstärkte. *Clarín* legte Rechtsbeschwerde gegen das im Oktober beschlossene Mediengesetz (Gesetz Nr. 26.522, 2009) ein. Der Rechtsstreit zog sich vier Jahre lang, bis – im Oktober 2013 – der Oberste Gerichtshof die Beschwerde zurückwies. Begleitet wurde er von einem beidseitigen diskursiven »Aufrüsten«. Während *Clarín* den erwähnten »Kriegsjournalismus« (Blanc 2016, Übers. T. B.) gegen die Regierung betrieb, attackierte die Regierung die Mediengruppe und deren BesitzerInnen, indem sie beispielsweise deren Rolle während der Diktatur thematisierte. Darüber hinaus entstanden Fernsehprogramme sowie zahlreiche Kultur- und Medienproduktionen, die sich als meinungsbildendes Gegengewicht zu den großen Medien verstanden.

Auf der anderen Seite trieb der Kirchnerismus die eingangs genannten Politiken voran, die von jenen, die sich selbst als progressiv begriffen, begrüßt wurden, und band diesen Teil der Mittelklasse systematisch an sich. Er reaktivierte zudem historische Narrative der radikalen peronistischen Jugendorganisationen und deren Widerstand gegen die Diktatur in den 1970er Jahren (Kapitel 4) – Narrative, die eng verknüpft mit einer spezifischen Identität eines Teils der Mittelklasse sind, die vor allem unter Studierenden und (linken) Intellektuellen Anklang fand. Das Rekurrieren auf diese Narrative brachte Altamirano (2013) dazu, den Kirchnerismus ganz allgemein als »Peronismus der Mittelklassen« zu bezeichnen. Aber auch in der konkreten Zusammensetzung des kirchneristischen Bündnisses fand die Rekonfiguration einen Ausdruck. So stütze sich der Kirchnerismus zunehmend auf die (Jugend-)Organisationen, die diesen Teil der Mittelklasse gruppieren und in Teilen von diesem selbst, mit dem Ziel die UnterstützerInnenbasis zu organisieren und Kader für die staatlichen Institutionen zu formen, gegründet worden waren. Mitglieder von Organisationen wie *La Cámpora* besetzten zunehmend politische Positionen in den Staatsapparaten, weshalb Rocca Rivarola (2017) von einer »militancia estatal« (»staatlichen Aktivismus«) spricht.¹¹

Diese neue ProtagonistInnenrolle der Mittelklasse ging einher mit einem Bedeutungsverlust der Gewerkschaften innerhalb des kirchneristischen Projekts. Die Konflikte innerhalb der CTA vertieften sich und führten 2010 zur endgültigen Aufspaltung der Organisation. Die Liste von Pablo Michelli, der seit 2003 bereits Vorbehalte gegenüber der von der Gewerkschaft vertretenen Position gehabt hatte, gewann in den internen Wahlen gegen den eher kirchneristischen Kandidaten Yasky. Letzterer reklamierte Wahlbetrug, woraufhin das Arbeitsministerium intervenierte und der Konflikt zugunsten von Yasky entschieden wurde. Die Fraktur der CTA wurde endgültig institutionalisiert, als 2014 die zwei aus dem Streit hervorgegangen Organisationen (die *CTA de los trabajadores* und die *CTA autónoma*) jeweils eigene interne Wahlen abhielten (Retamozo/Morris 2015: 76). Damit reduzierte sich auch ein wichtiger gewerkschaftlicher Bündnispartner des Kirchnerismus auf die *CTA de los trabajadores* rund um Yasky, die vor allem Teile der Mittelklasse, wie LehrerInnen und staatliche Angestellte organisiert (Svampa 2016: 468).

In Bezug auf den anderen Dachverband, die CGT, führte wiederum der Unwille der Regierung, die politischen Ambitionen des Gewerkschaftsflügels rund um

11 Obwohl sie Gegenstand der öffentlichen und medialen Debatte war und ist, liegt über *La Cámpora* bis heute keine umfassende wissenschaftliche Studie vor. Die journalistischen Arbeiten zum Thema von di Marco (2012) und im Speziellen jene von Russo (2013) sind stark von den (offen) parteiischen Standpunkten der Autorinnen geprägt (für eine Rezension der beiden Bücher auf ihren wissenschaftlichen Gehalt hin vgl. Rocca Rivarola 2014). Die wenigen existierenden wissenschaftlichen Arbeiten, die sich mit der Organisation beschäftigen, führen das Fehlen weitergehender Forschung auf die nach außen hin beinahe hermetisch abgeschirmte Struktur der Organisation zurück (Rocca Rivarola 2014; Vázquez/Vommaro 2012).

Moyano Raum innerhalb des kirchneristischen Projekts gewähren zu lassen, zum Bruch. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Moyano-Fraktion eine tragende Säule des kirchneristischen Projekts gewesen. Der endgültige Bruch wurde schließlich 2012 vollzogen, als die Regierung gegen Moyano darauf drängte, Antonio Caló zum Generalsekretär der CGT zu machen, was zu einer erneuten Spaltung derselben Ende 2012 führte. Nach dem Tod von Kirchner 2010 hatte sich das Verhältnis zwischen der Moyano-Fraktion und der Regierung zunehmend verschlechtert. Wie Natalucci (2015: 17) argumentiert, sah die vom Kirchnerismus verfolgte Strategie eine wichtige Rolle für die Gewerkschaften im Verteilungskonflikt zwischen Kapital und Arbeit vor, allerdings nicht auf der repräsentativen Ebene des politischen Projekts. Stattdessen setzte der Kirchnerismus zunehmend auf Figuren aus kirchneristischen (Jugend-)Organisationen, die der argentinischen Mittelklasse entstammten. Obwohl der Moyano-Fraktion vonseiten der Regierung eine bedeutendere politische Rolle verwehrt wurde, schaffte sie es, einige Abgeordnete für die Provinz Buenos Aires bei den Wahlen 2011 im Kongress zu platzieren (u.a. den Sohn Hugo Moyanos, Facundo Moyano). Das wiederum sorgte dafür, dass die Regierung auf eine andere Führung innerhalb der CGT drängte, was ein wichtiger Faktor für die erneute Spaltung des Dachverbandes im Jahr 2012 war (Natalucci 2015: 18f.).¹²

Trotz der zahlreichen Verwerfungen führte die vom Kirchnerismus vorgenommene Rekonfiguration der Allianzen zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften zum historischen Wahlsieg von Cristina Fernández de Kirchner im Jahr 2011, als diese mit 54,11 % der Stimmen im ersten Wahlgang wiedergewählt wurde – der höchste Stimmenanteil, den je ein/e KandidatIn auf sich vereinen konnte. Stellte der Agrarkonflikt in der vorangegangenen Periode ein Ereignis (*acontecimiento*) im negativen Sinne dar, lässt sich der Zeitraum zwischen 2009 und 2011 als Periode begreifen, in der es dem Kirchnerismus gelang, positive Ereignisse zu kreieren und somit die politische Initiative zurückzuerlangen. Die Regierung schaffte es dabei, nicht nur ihre Politiken durchzusetzen, sondern diese mit Narrativen zu verknüpfen, die das heute existierende kirchneristische Imaginarium begründeten und bis heute prägen.

12 Auch wenn das Regierungshandeln gegenüber der Gewerkschaft ein entscheidender Faktor bei der Spaltung war, spiegelte diese auch unterschiedliche Auffassungen innerhalb der Gewerkschaft über die eigene Rolle und Bedeutung im argentinischen Staat wider. Die Moyano-Fraktion drängte darauf, die politische Macht der Gewerkschaften innerhalb des Staates und des Peronismus zurückzuerlangen. Andere hingegen verteidigten ein begrenzteres Verständnis bezüglich der Rolle der Gewerkschaften und sahen diese in einer Integration im korporatistischen Sinne als privilegierten Verhandlungspartner der Regierung (Lucca 2014: 44).

7.4 2012-2015 Desintegration und antagonistische Defensive

Die letzte Periode ist gekennzeichnet von einer sich verstärkenden Desintegration des politischen und wirtschaftlichen Modells des Kirchnerismus, dessen Grenzen zunehmend sichtbar wurden. Innerhalb der kirchneristischen Erzählung wird diese Phase häufig als »*sintonía fina*« (»Feinabstimmung«) oder »*profundización*« (»Vertiefung«) des Modells bezeichnet. Tatsächlich bearbeitete die Regierung vor allem die Symptome von strukturellen Problemen und versuchte ab 2013, das kirchneristische Projekt in die Präsidentschaftswahlen von 2015 zu retten.

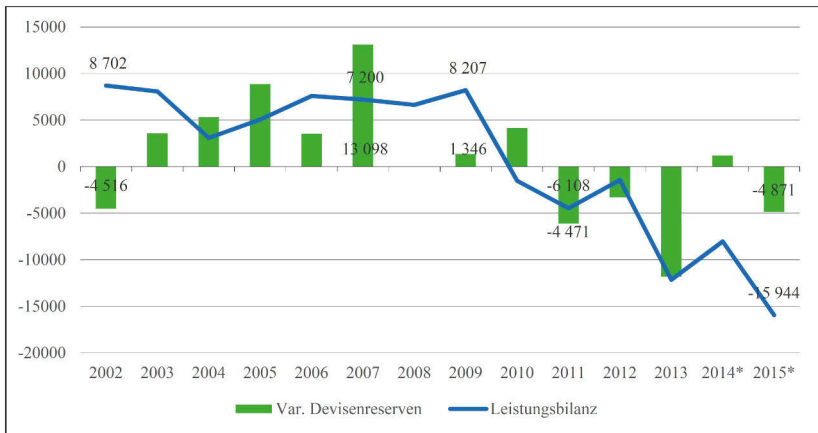
Während dieser Periode stagnierte die Wirtschaft oder begann zu schrumpfen. Die überarbeiteten Zahlen des INDEC indizieren ein Schrumpfen der Wirtschaft um – 2,5 % für 2014 (s. Abbildung 1). Der Privatkonsum sank und die hohen Inflationsraten führten zu weiteren wirtschaftlichen Problemen. Wie Tabelle 2 zeigt, musste der Staat ab 2012 die Nachfrage zunehmend über öffentliche Ausgaben aufrechterhalten. War das allgemeine Lohnniveau bis zu diesem Zeitpunkt, wenn auch mit Phasen der Stagnation, angestiegen, zeigen sich in den Jahren 2013 und 2014 erstmalig deutliche Verluste bei den Reallöhnen (s. Tabelle 1). Der Mindestlohn hatte seinen Höhepunkt bereits 2011 erreicht und begann ab 2012 zu schrumpfen. Während dieser Jahre büßten große Teile der argentinischen Bevölkerung die materiellen Zugewinne der Vorjahre in Teilen wieder ein (für eine vertiefende Analyse vgl. Boos 2017).

Die Regierung versuchte, den sinkenden Privatkonsum zu kompensieren, indem sie Kreditprogramme schuf, die den Konsum mittels Privatverschuldung anregen sollten. Das wichtigste dieser Programme war das *Programa de Fomento al Consumo y a la Producción de Bienes y Servicios – Ahora12* (Programm zur Förderung des Konsums und der Produktion von Gütern und Dienstleistungen – Jetzt12), welches den Erwerb von nationalen Produkten (etwa Haushaltswaren oder Kleidung) in zwölf Raten ohne zusätzliche Zinsen ermöglichte (für mehr Details zu diesem und anderen Programmen vgl. Boos 2017: 45-48). Zeitgleich lässt sich auf diskursiver Ebene ab 2013 eine starke Präsenz des Themas »Konsum« in den Reden von Cristina Fernández de Kirchner feststellen, in denen die Präsidentin beginnt, das Konsumieren als BürgerInnenrecht darzustellen (Díaz Rosaenz 2017).

Mit diesen Konsumprogrammen via Privatverschuldung versuchte die Regierung darüber hinaus, einen weiteren Problemkomplex zu adressieren, der sich in den Jahren zuvor entwickelt hatte. Dieser ergab sich aus dem Zusammenspiel der argentinischen Leistungsbilanz, einem wachsenden Energiedefizit und den schwindenden Devisenreserven in dieser Periode. Die Strategie, mit der die Regierung versuchte, den Problemen Herr zu werden, führte allerdings zu einer Vertiefung des Bruchs zwischen Kirchnerismus und Teilen der Mittelklasse, da sie deren »Sein- und Lebensweise« (GH 22: 2083) zunehmend störte.

Zum Ende der vorherigen Periode hatte sich die argentinische Leistungsbilanz erstmalig in ein Defizit umgekehrt (s. Abbildung 4). Ein Grund für das steigende Volumen der Importe im Vergleich zu den Exporten waren die Weltwirtschaftskrise und der Einbruch der globalen Rohstoffpreise 2013, der das Volumen der Exporte verringerte. In Bezug auf die Importe lassen sich zwei Faktoren ausmachen. Erstens war Argentinien aufgrund eines Energiedefizits 2011 zu einem Energie-Importland geworden. Dieses Defizit verstärkte sich in den nachfolgenden Jahren noch weiter (s. Abbildung 4). 2012 wurde als Antwort auf dieses Problem das nationale Erdgas- und Öl-Unternehmen *Yacimientos Petrolíferos Fiscales* (YPF) in Teilen rückverstaatlicht. Zu diesem Zeitpunkt war das Energiedefizit allerdings bereits zu einem Problem für die gesamte argentinische Wirtschaft geworden und zehrte zunehmend die Devisenreserven der Zentralbank auf, aus denen die Energie-Importe bestritten werden mussten. In den Jahren zuvor hatte man aufgrund der guten Handelsbilanzen Reserven in Fremdwährungen aufbauen können, die nun kontinuierlich schwanen (s. Abbildung 4).

Abbildung 4: Leistungsbilanz und Veränderung der Devisenreserven in Mio. US\$, 2002-2015

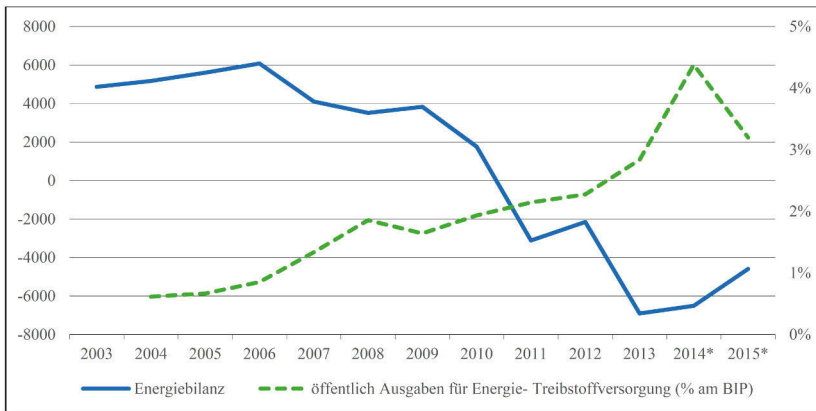


Quelle: INDEC, eigene Darstellung, * vorläufige Daten

Gleichzeitig waren die Energie- und Gaspreise seit 2002 stark subventioniert worden und stellten eine wichtige Säule der materiellen Zugeständnisse des Kirchnerismus an die urbane Mittelklasse dar. Dabei blieben Produktionskapazitäten, aber auch die Preise für EndverbraucherInnen, während des gesamten Zeitraums beinahe gleich. Die Differenz wurde durch staatliche Subventionen, die einen immer größeren Teil des öffentlichen Haushalts ausmachten, beglichen (s. Abbildung

5) (für eine vertiefende Analyse des Energiekonsums und der Subventionspolitik vgl. Boos 2017: 49-54). Im Sommer 2013/2014 kam es dann zu zahlreichen Stromausfällen und die urbane Mittelklasse mobilisierte gegen die kirchneristische Regierung in Form von *cacerolazos*. Diese Protestform, bei der sich die Protestierenden, auf Kochtöpfe und Pfannen schlagend, an Straßenecken ihres Stadtteils versammeln, ist seit der Krise von 2001 symbolisch stark aufgeladen und mit der Identität einer empörten Mittelklasse artikuliert. Während der *puquete* (Straßenblockade) die emblematische Protestform der Arbeitslosenbewegung wurde, gilt der *cacerolazo* seitdem als politische Ausdrucksform einer aufgebrachten Mittelklasse, die ihre Ablehnung gegenüber der Regierung in den öffentlichen Raum trägt.

Abbildung 5: Energiebilanzsaldo (in Mio. US\$, linke y-Achse) und öffentliche Ausgaben für Energie- und Treibstoffversorgung (% am BIP, rechte y-Achse), 2003-2015



Quelle: INDEC, Dirección Nacional de Política Macroeconomica (CCNN), eigene Darstellung, * vorläufige Daten

Der zweite entscheidende Faktor neben den Energieimporten war der Import von Konsumgütern, im Speziellen von Elektrowaren und Haushaltsgeräten. Während das Energiedefizit in den argentinischen Medien aufgrund der Proteste, der Rückverstaatlichung der YPF sowie der Energieausfälle stark präsent war, spielte dieser Faktor in der öffentlichen Debatte eine geringere Rolle. Kejssefman (2018) zeigt allerdings, dass das Volumen der Importe im Bereich der Elektrowaren einen ähnlichen Anteil ausmachte wie die Energieimporte und somit zusätzlichen Druck auf die Leistungsbilanz ausübte. Mit den oben genannten Konsumprogrammen versuchte die Regierung, den Kauf von nationalen Produkten anzuregen. Allerdings kennzeichnet sich die argentinische Wirtschaft wie viele in der Region unter anderem durch »the intense and persistent addiction to foreign consump-

tion goods – European until World War I; mixed U.S. European since – of the affluent classes in Latin America« (Felix 2015: 152). Neben dem Mangel an nationaler Produktionskapazitäten spielen auch internationalisierte Konsumnormen und Lebensweisen eine entscheidende Rolle (vgl. Boos 2018a; Brand/Wissen 2017). Die Regierung versuchte, den steigenden Importen durch verstärkte Regulierungen entgegenzusteuern. Schon 2011 hatte sie die Liste der Güter erweitert, für deren Import gesonderte Genehmigungen notwendig waren. 2012 wurde ein neues und restriktiveres System eingeführt, das direkt vom Außenhandelsministerium verwaltet wurde.

Im Zusammenspiel der bereits genannten Faktoren wendete sich schließlich auch die währungspolitische Strategie der Vorjahre gegen die Regierung. 2011 hatte es aus Angst vor einer Abwertung des Pesos eine erste große Kapitalflucht gegeben, weshalb die Regierung den sogenannten *cepo cambiario* (Wechselkurskralle) implementierte, um diesen Trend zu stoppen (Schorr/Wainer 2017: 165). Dieser regulierte den Erwerb von Auslandswährungen im Land. Während der *cepo* zu Beginn nur wenige Personen direkt betraf, wurde dieser 2012 verschärft, und auch die argentinische Mittelklasse spürte die Erschwerungen beim Erwerb von US-Dollars zunehmend (Porta et al. 2017: 126). Aufgrund der historischen Erfahrungen ist es diese gewohnt, in US-Dollar zu sparen, und einige Wirtschaftszweige, wie etwa der Immobiliensektor, werden in US-Dollar abgewickelt (zur »Kultur des Dollar« in Argentinien vgl. Bercovich/Rebossio 2013; Grimson 2012b). Hinzu kam, dass sich die Differenz zwischen dem offiziellen Wechselkurs des Pesos und dem inoffiziellen Wechselkurs zunehmend vergrößerte. 2013 betrug der Unterschied im Jahresdurchschnitt 60 % (Porta et al. 2017: 129f.). Das wiederum machte neben den Importen beispielsweise auch Urlaubsreisen billig, die deshalb in dieser Periode ebenfalls stark anstiegen (Del Cueto/Luzzi 2016). Der Kirchnerismus reagierte darauf mit einer weiteren Verschärfung der Restriktionen und einer 30 % Steuer auf Kreditkartenausgaben und Flugtickets.

Diese unmittelbaren Eingriffe, die die argentinische Mittelklasse in ihrem Alltag spürte, sorgten für eine weitere Distanzierung von der Regierung. 2012 und 2013 mobilisierte die Mittelklasse erstmalig seit dem Konflikt mit dem Agrarsektor 2008 gegen die Regierung. Obwohl die wichtigsten Mobilisierungen am 13. September 2012 (»13-S«), 8. November 2012 (»8-N«) und 18. April 2013 (»18-A«) sehr heterogene Forderungen artikulierten, war ihnen ein individualistisches Framing gemein und die TeilnehmerInnen und OrganisatorInnen insistierten auf ihre Unabhängigkeit von und Distanz zu etablierten Parteien (Gold 2015). Darüber hinaus handelte es sich um Mobilisierungen »ausgehend von der Negativität«, d.h., die TeilnehmerInnen mobilisierten gegen einzelne Maßnahmen des Kirchnerismus oder diesen als Ganzes (Gold 2015: 190, Übers. T. B.). Gleichzeitig wurden die kirchneristischen Politiken als Eingriff in die persönlichen Freiheiten gerahmt (et-

wa die individuelle Freiheit, US-Dollar zu erwerben), die Ausdruck eines autoritären Regimes seien (Gold 2015: 194).

Aus hegemonietheoretischer Perspektive lässt sich sagen, dass sich die urbane Mittelklasse zunehmend in ihrer alltäglichen »Seins- und Lebensweise« (GH 22: 2083) beeinträchtigt fühlte. Dies führte zu einer Vertiefung der gesellschaftlichen Polarisierung. Während der Bruch zwischen Kirchnerismus und dem von ihm antagonisierten Teil immer größer wurde, verschrieb sich ein anderer Teil der Mittelklasse immer vehementer der Aufgabe, das kirchneristische Projekt zu verteidigen. Während die ausgegebene Losung in ökonomischer Hinsicht ein »*profundizar el modelo*« (»das Modell vertiefen«) war, sprach man auf politischer Ebene von der Notwendigkeit, die Errungenschaften und das Modell zu verteidigen (»*defender el modelo*«). Zeitgleich gewannen Organisationen wie *La Cámpora* weiter an Gewicht, deren Führungskreise nicht nur Abgeordnetenposten besetzten, sondern bis in die obersten Positionen innerhalb der Regierung vorrückten. Emblematisch ist hier die Figur Axel Kicillof, der ab 2011 zunächst den Posten als Staatssekretär für Wirtschaft und Planung (*Secretario de Política Económica y Planificación del Desarrollo de la Nación Argentina*) innegehabt hatte. Als solcher war er durch die Rückverstaatlichung von YPF 2012, die er geplant und angeleitet hatte, in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Ende 2013 stieg Kicillof dann zum Wirtschaftsminister auf.

Die Gewerkschaftsdachverbände blieben während der letzten Jahre des Kirchnerismus gespalten. 2015 gab es indes bereits erste Gerüchte über eine mögliche Wiedervereinigung (vollzogen wurde diese schließlich im August 2016), nachdem sich abzeichnete, dass das politische Szenario sich mit den Wahlen im Oktober 2015 stark verändern könnte (Morris/Natalucci 2016).

7.5 Schlussfolgerungen

Das vorangegangene Kapitel analysierte die politische Konjunktur für die Zeit des Kirchnerismus von 2003 bis 2015. Neben einem Überblick über die wichtigsten politischen und ökonomischen Entwicklungen, ging es mir in der Analyse darum, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sowie die Stellung der unterschiedlichen Akteure im und zum Kirchnerismus zu untersuchen. Hierauf basierend habe ich vier Perioden definiert. Eine erste Periode in den Jahren zwischen 2003 und 2007, die gekennzeichnet ist von einer schnellen Erholung der argentinischen Wirtschaft, die materielle Zugeständnisse an fast alle gesellschaftlichen Akteure ermöglichte. Auf politischer Ebene integrierte der Kirchnerismus eine breite Allianz an Kräften in sein transversales Projekt.

Eine zweite Periode umfasst die Jahre 2008 und 2009 und ist von der Krise des Kirchnerismus geprägt. Zwar stagniert und schrumpft die Wirtschaft zu diesem Zeitpunkt, allerdings ist die entscheidende Krise des Kirchnerismus auf politi-

scher Ebene zu verorten. Vor dem Hintergrund der vorangegangenen Erfolge lässt sich der Konflikt mit dem Agrarsektor rund um die Resolution 125/2008 als Versuch interpretieren, auf ökonomischer Ebene in die Offensive zu gelangen. Weil die Agrarverbände es aber vermochten, die Frage zu einer gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung, d.h. über eine sektorale Frage hinaus, zu universalisieren, und der Kirchnerismus den Kampf auf Ebene der gesamtgesellschaftlichen Hegemonie annahm, war die Niederlage der Regierung entsprechend folgenreich. Insofern verhinderte das Scheitern der Initiative nicht nur die kirchneristische Offensive auf ökonomischer Ebene, sondern hatte auch eine Art ›Bumerangeffekt‹ auf politischer Ebene und führte zum Auseinanderbrechen der in den Vorjahren konstruierten Allianz. Aus diesem Grund hebt sich der Agrarkonflikt als *acontecimiento* (Ereignis) innerhalb der untersuchten Periode zwischen 2003 und 2015 hervor, da er die politische Konjunktur entscheidend veränderte.

Die dritte Periode von 2009 bis 2011 lässt sich als fundationaler Moment des heute existierenden Kirchnerismus bezeichnen. Wider Erwarten konnte sich der Kirchnerismus von der Niederlage auf ökonomischer und politischer Ebene in der Periode zuvor erholen und die politische Initiative zurückerlangen. Die kurzzeitige wirtschaftliche Erholung 2010 und 2011 war dabei unterstützend, entscheidend war allerdings die Offensive auf politischer Ebene, über die die Regierung die Initiative zurückerlangen konnte. Der Kirchnerismus implementierte nicht nur zahlreiche seiner emblematischsten Politiken und rekonfigurierte die Allianz mit seinen BündnispartnerInnen, sondern veränderte auch die dominante Form der politischen Auseinandersetzung. Von diesem Zeitpunkt an setzte er verstärkt darauf, ein national-populäres Imaginarium zu (re-)konstruieren, wodurch er seine BündnispartnerInnen an sich band, aber gleichzeitig einen anderen Teil der Bevölkerung antagonisierte. Das galt im Speziellen für die Mittelklasse, die zunehmend an Bedeutung innerhalb des kirchneristischen Projekts gewann.

Die vierte Periode von 2012 bis 2015 war von einer zunehmenden Desintegration des kirchneristischen Wirtschaftsmodells bei einer gleichzeitigen Vertiefung der politischen Polarisierung geprägt. Anders als in der Periode zuvor lässt sich die antagonistische Strategie in dieser Phase jedoch nicht im Sinne einer Offensive interpretieren, die dem Kirchnerismus politische Initiative verschaffte, sondern repräsentierte vor allem eine Verteidigungsstrategie. »*Defender el modelo*« (»das Modell verteidigen«) war in jenen Jahren das Paradigma unter kirchneristischen AktivistInnen. Gleichwohl unterliefen die strukturellen Probleme die politische Konstruktion zunehmend. Anders als etwa in der Periode 2008/2009 machten sich die wirtschaftlichen Probleme immer deutlicher auf der Ebene des Alltags und der Lebensweise bemerkbar und unterlagen somit einer permanenten Politisierung, die die gesellschaftliche Dichotomisierung zunehmend verstärkte.